

ng.

1915
27. Dezember**Groß Berlin nach dem Kriege.**

Von

Stadtbaumeister a. D. Fritz Beuster.

Zu der diesjährigen Generalversammlung des Groß-Berliner Vereins für Kleinwohnungswesen, in der der Vorstehende Staatssekretär a. D. Dernburg das baldige Zustandekommen der wirtschaftlichen Gemeinschaft der Groß-Berliner Kommunen im Interesse des Kleinwohnungswesens für notwendig erklärte, machte das Verwaltungsratsmitglied Stadtbaumeister a. D. Beuster als Diskussionsredner Ausführungen über die Dringlichkeit der Neuorganisation der Verwaltung Groß-Berlins und ihre Bedeutung als Voraussetzung für das Gelingen der Reform des Groß-Berliner Siedlungswesens, welche umso mehr Anspruch auf Beachtung erheben dürfen, als sie tendenziöse Erfahrungen eines Praktikers darstellen. Dem nunmehr vorliegenden Versammlungsbericht entnehmen wir mit Erlaubnis folgende:

„... Ich möchte Sie bitten, mit mir einen bescheidenen Spaziergang von wenigen Minuten durch die Arbeitswerkstätten der Praxis des Groß-Berliner Siedlungs- und Wohnungswesens zu machen, um an simplen Bildern zu erschauen, wo eigentlich die unüberwindlichen Schwierigkeiten liegen, die es erklärlich machen, daß, trotz des guten Willens, der unzweifelhaft fast allseitig vorhanden ist, die Förderung des Groß-Berliners Kleinwohnungswesens keinen Schritt vorwärts kommen will.

Das erste Bild aus der harten und nüchternen Welt der Tatsachen: Eine Vorortgemeinde, die Raum bietet für die Ansiedlung einiger hunderttausend Groß-Berliner Bürger, ist in ihrer ganzen Gemarkung mit dichtester Hochbauweise überzogen: die Höfe klein, von Hausgärten ganz zu schweigen, Licht und Luft sind allzu knapp bemessen, Spielplätze fehlen, kurz, eine sozial und hygienisch bedenkliche Bauweise. Trotz des intensiven Bauystems sind Baugewerbe und Hausbesitz krank und die Finanzen der Gemeinde wegen der starken Zusammendrängung von sozial wenig leistungsfähigen Bürgern schlecht. Die Gemeindevertretung sieht ein, daß die Entwicklung der Gemeinde bei der Herrschaft des intensiven Bauystems eine unglückliche geworden ist. Sie will die Bauordnung lockern. Es wird ihr von sachverständiger Seite geraten, ein gemischtes Bauystem zu wählen, etwa in der Weise, daß man das Ortsinnere und die Hauptstraßen im Hochbau beläßt und nach den Gemeindegrenzen zu abbauend zum Mehrfamilienhaus und Kleinhaus übergeht. Der Plan erscheint der Gemeinde gesund. Aber, meine Damen und Herren, was heißt Herabsetzung der Bauklassen? Es heißt gleichzeitig auch Lockerung der amtlich festgesetzten Grundwerte, die die Grundlage bilden für das Grundsteueraufkommen. Wie die Mehrzahl der Groß-Berliner Vorortgemeinden, ist auch diese Gemeinde darauf angewiesen, einen großen oder den größten Teil ihres Etats auf dem Grundsteueraufkommen zu balancieren. Sie erkennt leider: eine Lockerung der Bauweise ist ausgeschlossen, denn sonst sinkt die letzte Stütze ihres Etats dahin.

Die Gemeinde sieht ein, daß sie Spielplätze haben muß. Sie will Wege bauen, um noch freie Terrains für ein besseres Bauystem aufzuschließen. Sie sieht ein, daß sie die Kleinhausiedlungen, die sie gern begünstigen will, mit Realkredit unterstützen muß. Ja, meine Damen und Herren: wollen; aber sie kann nicht, weil sie kein Geld hat. Wir sehen also ein Bild: Die Gemeinde kann von dem unglücklichen System des Intensivbaus nicht los. Sie muß gegen ihren Willen 200 000 bis 300 000 Menschen kasernenmäßig zusammenpferchen lassen, weil sie auf die hohen Grundwerte nicht glaubt verzichten zu können. Sie sieht ein, daß große Aufgaben für die Verbesserung des Kleinwohnungswesens ihrer harren, aber sie kann sie nicht lösen, weil sie kein Geld hat. Ich glaube, ein erschütterndes Bild, das leider für eine ganze Reihe unserer Groß-Berliner Vorortgemeinden zutreffend ist. Die